

3687/J XX.GP

der Abgeordneten Gredler, Partnerinnen und Partner
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Reform der EU - Strukturfonds und Grenzlandförderungen in
Zusammenhang mit der EU - Osterweiterung

In Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU wird - neben der Festlegung des Gesamtbudget - Rahmens - die Frage der Reform der Strukturfonds für die neue Periode von 2000 - 2006 entscheidend für das Gelingen dieses für die Zukunft Europas so bedeutenden Projektes sein. Ihrem Grundgedanken, zur Solidarität zwischen ärmeren und reicheren Mitgliedstaaten bzw. Regionen durch Förderungen für strukturschwache Gebiete beizutragen und im Gegenzug Märkte und Investitionsmöglichkeiten zu öffnen, möchte die EU - Kommission durch Umsetzung ihres Reformpapiers „Agenda 2000“, das durch einen internen Verordnungsentwurf von Jänner 1998 spezifiziert wurde, Rechnung tragen. Um Mittel im Ausmaß von knapp 700 Milliarden Schilling für die beitrittswilligen Reformstaaten flüssig zu machen, sollen die Gelder für die Strukturfonds auf drei (statt bisher 6) Zielgebiete - und innerhalb dieser auf Ziel 1 - Regionen und vor allem zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - sowie auf ca. 35 % des EU - Raum konzentriert werden. Grenzregionen, die nicht direkt unter eines der Zielgebiete sollen künftig verstärkt durch grenzüberschreitende Projekte - wie derzeit INTERREG - unterstützt werden. Der Anteil am BIP - derzeit 0,46 %, braucht laut Berechnungen der Kommission nicht erhöht werden.

In dieser Situation versucht die Regierung des drittreichsten EU - Landes Österreich mit der zweitniedrigsten Arbeitslosenquote nicht, eine effizientere Ausnutzung des derzeitigen Fördersystems und eine Evaluierung der bisher an die Bundesländer ausbezahlten Mittel zu betreiben, sondern fordert von der Kommission mittels eines gemeinsamen Briefes von Bundeskanzler Klima und Außenminister Schüssel umfangreiche Grenzförderungen im Ausmaß von „2, 3, 4 Milliarden Schilling“ (Schüssel) innerhalb eines Fördergebietes bis zu 100 km von der Grenze, bei deren Ausbleiben die politische Akzeptanz für die Osterweiterung in Österreich nicht gegeben wäre (vgl. APA - Journal Europa, 29.1.1998).

Selbstverständlich haben die Grenzregionen Österreichs eine wichtige Schanierfunktion bei der Osterweiterung und müssen aufgrund des Wohlstandsgefälles besonders beachtet werden. Doch wenn vor allem Landespolitiker und Wirtschaftskammer der Meinung sind, daß entweder alle Ballungsräume in die Förderung einzubeziehen seien oder alle Grenzregionen zu Ziel 1 - Gebieten erklärt werden sollen, insgesamt also zwei Drittel Österreichs Sonderförderungen erhalten müßten, dann überzeugen diese Forderungen nicht, wie auch aus Kommissionskreisen zu hören ist (vgl. KURIER, 30.1.1998).

Viel wichtiger für strukturschwache Regionen in Österreich auf der einen Seite und für eine erfolgreiche Osterweiterung auf der anderen Seite als ein undifferenzierter

und ungeplanter Ruf nach Sonderförderungen wäre daher zunächst eine Bewertung der bisherigen Projekte, vor allem im Bereich der grenzüberschreitenden Bereiche (INTERREG), bei denen die Wertschöpfung und die Förderung der Industrie - produktion zu kurz gekommen zu sein scheinen. Auch die Auswirkung von Ziel 1 - Gebieten auf benachbarte Regionen, die Gefahr von Unternehmensabwanderungen in Fördergebiete oder die Frage, ob und in welchem Ausmaß durch Kofinanzierungen überhaupt bestimmte Regionen von Brüssel (und nicht besser national) unterstützt werden sollten, sollten untersucht werden.

Der Standpunkt, daß die Integration der Reformländer in die EU Österreich als Nettozahler nicht zusätzlich belasten dürfe, sei ökonomisch nicht fundiert, meint Karl Pichelmann, Experte des Instituts für Höhere Studien, da jede Integration von Wirtschaftsräumen durch Spezialisierung und Arbeitsteilung langfristig zu einer Steigerung der heimischen Wirtschaftskraft (mindestens 0,6 bis 0,8 %) führe (vgl. STANDARD, 5.1.1998).

Daher richten die unterzeichnenden Abgeordneten folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:

1. Das Gesamtfördervolumen im Rahmen der Strukturfonds für die Förderperiode 1994 - 1999 beträgt für Österreich theoretisch 22 Milliarden Schilling. Welchen Förderungsrahmen erwarten Sie sich für die Periode 2000 - 2006?
2. Mit welchem Konzept geht Österreich in die Verhandlungen bezüglich die Reform der Strukturpolitik im Rahmen der Agenda 2000 bzw. des inoffiziell von der EU - Kommission bereits vorgelegten darauf aufbauenden Verordnungsentwurfes?
3. Werden Sie sich für eine Reduzierung der Gemeinschaftsausgaben für Agrarpolitik und - Förderungen (derzeit immer noch bei 49 %) und für eine Verlagerung der Mittel zugunsten der Strukturpolitik einsetzen? Wenn ja, in welchem Ausmaß? Wenn nein, warum nicht?
4. Werden Sie für eine Reform des Kofinanzierungsmodells eintreten? Wenn ja, in welcher Form?
5. In Zukunft sollen Projekte, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen besonders gefördert werden. Österreich hat zwar inzwischen ebenfalls eine relativ hohe Arbeitslosen rate, liegt jedoch innerhalb der EU nach offiziellen Statistiken an vorletzter Stelle. Wie läßt sich so das Fördervolumen für Österreich, zukünftig hauptsächlich in Ziel 2 - Gebieten, aufrechterhalten?
6. Wann hat Österreich erste konkrete Vorstellungen bzw. Positionierungen zur Reform der Strukturfonds bzw. zu Grenzlandförderungen gegenüber der EU - Kommission vorgebracht?

7. Haben Sie - gemeinsam mit Bundeskanzler Klima - in einem Brief an Kommissionspräsident Jacques Santer Sonderförderungen für österreichische Grenzregionen gefordert? Wenn ja, in welchem Ausmaß, für welche Regionen und in welcher Höhe?
8. Welche Grenzregionen Österreichs müßten aus Ihrer Sicht wie und in welcher Höhe durch die EU bzw. Kofinanzierungsprojekte gefördert werden, damit die EU - Osterweiterung von der Bevölkerung akzeptiert wird?
9. Werden Sie sich für eine Verzögerung der EU - Osterweiterung einsetzen, wenn Österreich nicht oder nicht im gewünschte Ausmaß Regional- oder Grenzförderungen erhält?
10. Sind Sie der Auffassung, daß alle Grenzregionen Österreichs zu Ziel 1-Gebieten erklärt werden sollten? Wenn ja, wie sind diese definiert?
11. Sind Sie der Auffassung, daß die EU-Erweiterung für Österreich zusätzliche Kosten bedeuten wird? Wenn ja, in welchem Ausmaß? Wenn nein, wie begründen Sie das?